Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie Frauenwelt und Jugend einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 30 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 153. | Dresden, Sonnabend den 5. Juli 1913. | 24. Jahrg.

Der Bundesrat hat die Entscheidung über das vom Reichstag angenommene Notgesetz zum Militärstrafgesetzbuch bis zum Herbst vertagt.

Die Serben drangen bei Küstendil in bulgarisches Gebiet ein, wurden aber von bulgarischen Truppen zurückgeschlagen.

Die Bulgaren sollen den rechten Flügel der Serben bei Köprülü geworfen und damit eine Umklammerung der serbischen Hauptarmee herbeigeführt haben.

Die Griechen haben nach dreitägigem Kampfe Kilitsch erobert und Gewgeli wieder besetzt.

Massenstreikdebatte.

Der Ausfall der preußischen Landtagswahlen hat eine neue Debatte über die Frage herbeigeführt, ob nicht nunmehr der politische Massenstreik im Kampf gegen das Dreiklassensystem in Anwendung gebracht werden müsse. Den Anstoß zu der Debatte gab die unseren Lesern bekannte Wilmersdorfer Rede des Genossen Dr. Frank, der mit Leidenschaft für den politischen Massenstreik eintrat. Eine Anzahl von Parteiblättern, besonders die Parteipresse in Baden und in Rheinland-Westfalen, hat sich dann mit dieser Frage beschäftigt. Einige Blätter stimmen der Frankschen Anregung lebhaft zu, indem sie ausführen, es müsse etwas geschehen, damit die in der preußischen Wahlrechtsbewegung herrschende Stagnation überwunden werde, und indem sie als geeignetes Mittel die Vorbereitung für den politischen Streik anerkennen. Andere Blätter verhalten sich teils zurückhaltend, teils ablehnend; sie bezweifeln, ob in der politischen Situation und in der Stimmung der preußischen Arbeiterbevölkerung die Voraussetzungen gegeben sind, die für ein so schwieriges und verantwortungsreiches Unternehmen, wie es ein politischer Massenstreik sein würde, gegeben sein müssen. Ferner hat sich, wie unseren Lesern bereits bekannt ist, der rheinisch-westfälische Bezirksparteitag in einer der Massenstreikforderung sehr günstigen Diskussion mit dieser Frage beschäftigt.

Nach diesem Verlaufe der Auseinandersetzungen ist mit Bestimmtheit anzunehmen, daß die Angelegenheit in unserer Partei weitere Kreise ziehen wird und daß eine Klärung und Beschlußfassung der Partei herbeigeführt werden muß. Dabei mag es noch zweifelhaft sein, ob der deutsche Parteitag sich mit der Frage befassen wird oder ob es als richtiger gelten wird, die Frage als eine preußische Frage einem preußischen Parteitage zur Behandlung zu überweisen. So zweifellos es ist, daß die preußische Wahlrechtsfrage für das ganze Deutschland von allergrößter Bedeutung ist, so ist doch ebenso als sicher anzusehen, daß ein etwaiger politischer Massenstreik wegen des preußischen Klassenwahlrechts nur ein preußischer Massenstreik sein könnte.

Wenn es zu einer umfassenden Erörterung der Massenstreikfrage kommt, so ist die Zuversicht berechtigt, daß die Erörterung einen durchaus sachlichen Charakter haben wird und daß sie ausschließlich von dem Bestreben getragen ist, das für den Fortschritt der Partei und der Arbeiterklasse Nützliche zu suchen und zu finden. Es gab eine Zeit, wo das Problem des Massenstreiks heftigste gegenseitige Vorwürfe innerhalb unserer Partei und der Gewerkschaften hervorrief, aber die Debatten und die Beschlüsse des Mannheimer Parteitages von 1906 haben, nach Beseitigung von mancherlei früheren Mißverständnissen, zu einer weitgehenden Einigkeit in dieser Frage geführt. Seitdem ist der politische Massenstreik als ein Kampfmittel der Arbeiterklasse anerkannt, in erster Linie zur Abwehr etwaiger reaktionärer Attentate auf die Grundrechte des Volkes, auf das Reichstagswahlrecht oder das Koalitionsrecht. Theoretische Streitigkeiten über den Grundsatz des Massenstreiks kommen also kaum noch in Betracht. Es handelt sich jetzt um taktische und praktische Fragen. Es handelt sich einesteils darum, ob andere Mittel, um in Preußen vorwärts zu kommen, nicht zur Verfügung stehen und ob deshalb zum Massenstreik übergegangen werden soll. Es handelt sich anderenteils darum, ob die nötigen Vorbedingungen vorhanden sind und ob günstige Aussichten auf Erfolg gegeben sind. Es gibt niemand in der sozialdemokratischen Partei, der nicht von dem brennenden Wunsch erfüllt wäre, die preußische Wahlentrechtung zu bekämpfen und, wenn es möglich ist, die schärfsten Mittel zu gebrauchen. Es ist aber nicht minder unsere Pflicht, uns nicht aus Augenblicksstimmungen heraus zu nicht genügend überlegten und in ihrer Wirkung sehr zweifelhaften Unternehmungen hinreißen zu lassen. Es gilt sorgsam zu prüfen, was nötig und was möglich ist.

Schon auf dem Mannheimer Parteitag ist die Frage besprochen worden, ob der politische Massenstreik für den preußischen Wahlkampf eingeleitet werden soll. Im Winter und Frühjahr 1906 hatten, noch unter dem Eindruck der russischen Revolution, große Demonstrationen in Preußen stattgefunden. Als dann diese Demonstrationsbewegung nachließ, wurde vielfach Kritik am Parteivorstand geübt, weil er eine weitere Steigerung der Bewegung bis zum Massenstreik nicht gewollt und nicht bewirkt hatte. Der Parteivorstand hatte damals gemeinsam mit der Generalkommission der Gewerkschaften die Ueberzeugung, daß der Massenstreik keinesfalls in Betracht kommen könne. Auf dem Parteitag hatte Bebel die Berichterstattung. Er betonte damals, daß ein Massenstreik nur durchführbar ist, wenn „in den breitesten Massen die Gesamtstimmung dafür vorhanden ist". Er wies darauf hin, daß es etwas anderes sei, wenn es gelte, ein reaktionäres Attentat auf ein Grundrecht, das das Volk seit langem besitzt, abzuwehren, als wenn es sich um ein Recht handelt, das erst erobert werden soll. Ebenso betonte er den Unterschied zwischen den Verhältnissen in Preußen und andererseits in Belgien und Oesterreich; in diesen Ländern ist es zum Massenstreik gekommen bezw. ist er vorbereitet worden wegen des allgemeinen Staatsgrundrechts, das wir in Deutschland seit mehr als 40 Jahren besitzen, während das preußische Wahlrecht, so ungemein wichtig es ist, doch nur eine Teilfrage der gesamten deutschen Politik bedeutet.

Bebel hat seine Beurteilung der damaligen Situation in Preußen wie folgt zusammengefaßt:

„Ich habe nachdrücklich darauf hingewiesen, daß darüber kein Zweifel besteht, daß ein Generalstreik in Deutschland beziehungsweise in Preußen etwas anderes bedeuten würde als in irgend einem anderen Lande der Welt, daß die Gewalten und die Organisationen, die uns hier gegenüberstehen — auf der einen Seite das preußische Königtum und Junkertum, auf der andern Seite die stramm organisierten Industriebarons —, daß diese jedem Versuch eines Massenstreiks mit derartig brutalen Mitteln entgegentreten könnten, daß, wenn wir zu jenem schreiten wollten, wir weit besser organisiert sein müßten, als wir es jetzt und auf lange Zeit hinaus sein könnten. Es wäre die Unmöglichkeit vorhanden, unter diesen Umständen daran zu denken, einen Massenstreik in Szene zu setzen, es stünde vielmehr zweifellos zu erwarten, daß der Massenstreik fehlgehen würde und daß auch das Scharfmachertum sofort die Gelegenheit ergreifen würde, zu Ausnahmemaßregeln zu schreiten. Dabei sei ganz sicher zu erwarten, daß diese Ausnahmegesetze die nötige Berücksichtigung an den maßgebenden Stellen im Reichstage und in den anderen Körperschaften finden würden.

So haben wir uns gesagt, es wäre im höchsten Maße gewissenlos, wenn wir in einer solchen Situation einen derartigen Schritt täten. Wir müssen protestieren gegen die Aeußerung einiger Parteigenossen in der Presse, wir hätten den Massenstreik riskieren müssen, selbst in der sicheren Voraussicht, dabei zu unterliegen. (Sehr richtig!) Freilich gibt es Momente im Leben der Völker, wo es heißt: „coûte que coûte" (koste es, was es wolle), wo der Kampf bis zum Aeußersten aufgenommen werden muß, selbst in der Voraussicht einer sicheren Niederlage. Aber ich bestreite auf das entschiedenste, daß in jenem Moment die Situation in Preußen so beschaffen war, daß ein derartiger Kampf aufgenommen werden durfte. Man würde jeden General, der seine Armee in eine Schlacht führt, in der der Untergang des Heeres sicher ist, für wahnsinnig halten, ihn sofort vor ein Kriegsgericht stellen und innerhalb 24 Stunden erschießen. In einer ganz ähnlichen Situation würde sich der Parteivorstand befinden. Eine solche Aktion wäre nichts als eine Kopflosigkeit und müßte mit einer furchtbaren Niederlage enden. Ich glaube, daß gerade diejenigen, die den Vorstand jetzt heftig kritisieren, die ersten sein würden, die alsdann mit ihrer Kritik gegen uns vorgingen. (Lebhafte Zustimmung.)

Diesen Anschauungen hat der Mannheimer Parteitag sich in großer Mehrheit angeschlossen und es kam zur fast einmütigen Annahme einer von Bebel vorgeschlagenen Resolution.

Jetzt ist nun die Frage zu stellen: Haben sich seit 1906 die Verhältnisse derart geändert, daß der Parteivorstand Anlaß hat, die Notwendigkeit des politischen Massenstreiks für Preußen als gegeben zu erachten? Auch könnte die Frage aufgeworfen werden, ob der Parteivorstand etwa die Situation verkennt und ob es daher die Aufgabe der Parteipresse und der Parteiorganisationen ist, die Angelegenheit in ihre Hand zu nehmen und unter Umständen den Parteivorstand zu drängen, daß er die Initiative ergreift und die Generalkommission der Gewerkschaften für das Unternehmen des Massenstreiks zu gewinnen versucht.

Nach unserer Auffassung bestehen heute noch zum Teil dieselben, zum Teil andere, aber ebenso triftige Gründe, wie sie Bebel in Mannheim gegen die alsbaldige Inszenierung eines preußischen Massenstreiks vorgeführt hat. Wir setzen dabei voraus, daß es sich für die Befürworter des preußischen Massenstreiks um mehr handeln soll, als um einen bloßen Demonstrationsstreik von etwa Halbtagsdauer oder von einem Tag oder auch drei Tagen Dauer, daß es sich vielmehr um eine große, fortdauernde politische Streikbewegung handeln soll, die immer von neuem aufgenommen wird, die bis zum Niederzwingen der gegnerischen Gewalten geführt werden soll und auf die deshalb alle Aufmerksamkeit und alle Kräfte der Arbeiterbewegung bis zur Erschöpfung eingestellt werden müßten. Ein kurzfristiger Demonstrationsstreik wäre ein verhältnismäßig leichterer Kampf. Ein solcher Streik würde aber voraussichtlich auch keine besonders große Bedeutung neben den andern zur Verfügung stehenden Kampf- und Demonstrationsmitteln der Arbeiterschaft haben; auch bei seiner Anwendung müßten die Chancen des Gewinns und das Risiko gründlich erwogen werden. Die Vertreter des preußischen Massenstreiks müssen sich darüber klar sein, daß ihre Forderung, falls sie größere oder entscheidende politische Bedeutung haben soll, über den Demonstrationsstreik hinweg auf einen Kampf abzielt, in dem die deutsche Arbeiterklasse ihre ganze Existenz, ihre gesamte politische und gewerkschaftliche Organisation aufs Spiel setzen müßte. Und, wie gesagt, auf das Wagnis eines solchen Kampfes treffen alle die Gründe, die Bebel in Mannheim angeführt hat, heute noch zu.

Wir können auch nicht einsehen, daß die Situation in Preußen gegenwärtig so beschaffen sei, daß ein Kampf bis aufs äußerste, ein Verzweiflungskampf, aufgenommen werden müßte. Gewiß, der Fortschritt in Preußen ist äußerst gering, die letzten Landtagswahlen haben die preußische Frage kaum um einen Schritt vorwärts gebracht. Aber deswegen können wir die pessimistische Stimmung, die einen Teil unserer preußischen Parteigenossen befallen hat und aus der heraus sie nun eine sehr gewagte Experimentierpolitik vorschlagen, durchaus nicht als berechtigt anerkennen. Wir sind die letzten, die die Bedeutung der preußischen Wahlrechtsfrage für das ganze Reich unterschätzen. Wir sind weit entfernt, satte Zufriedenheit über den Lauf der gesamten politischen Entwicklung in Preußen und Deutschland zu empfinden. Wir sind auch durchaus der Meinung, daß jeder Vorschlag zum schnelleren Vorwärtsmarsch ernst geprüft werden soll und daß jeder zu begrüßen ist, der die Partei zu frischem Tatendrang anfeuert. Aber ebensowenig halten wir für berechtigt, wenn die Erfolge der deutschen Arbeiterbewegung abgeleugnet und wenn die gegenwärtige politische Situation geradezu als verzweifelt ausgemalt wird. Die preußische Wahlrechtsfrage ist schließlich doch nicht das Ganze der deutschen Politik. Die Partei ist Jahr um Jahr kräftig vorwärts geschritten und es ist unnötig, kleine Rückschläge, wie sie nach großen Wahlerfolgen stets zu verzeichnen waren, allzu tragisch zu nehmen.

Die preußische Wahlrechtsfrage kann nicht von der Tagesordnung verschwinden. Falls die Regierung bei Wiedereröffnung der Landtagssession keine Wahlreform vorlegt, so werden die Anträge der Parteien den Anlaß zu neuen Bewegungen der Masse geben. Es wird zur erneuten und sicherlich verstärkten Anwendung aller zu Gebote stehenden Aktionsmittel, vor allem auch der Straßendemonstrationen, kommen. Dann kann es sich überhaupt erst zeigen, ob die politische Gesamtsituation und die politische Stimmung in der Bevölkerung sich derartig entwickelt haben, daß neben den anderen Kampfesmitteln die Einleitung des Massenstreiks ernsthaft in Frage kommen kann.

Es ist mit der Möglichkeit zu rechnen, daß die Parteikonstellation im preußischen Abgeordnetenhause bei der Wahlrechtsfrage in Zukunft eine andere sein wird als in dem zurückliegenden Jahre. Die Beziehungen der Parteien im Reiche sind in einer nicht unwesentlichen Umwandlung begriffen. Im Reichstag haben wir gesehen, daß der schwarzblaue Block gelockert wurde und daß eine Annäherung zwischen Zentrum und Nationalliberalen zustande kam. Es ist nicht ausgeschlossen, daß diese beiden Parteien sich auch zu einem Kompromiß in der preußischen Wahlrechtsfrage zusammenfinden werden. Denn daß diese Frage nicht ruht, daß Zentrum und Nationalliberale immer wieder zu einer Lösung dieser Frage gedrängt werden, dafür wird selbstverständlich die Sozialdemokratie durch parlamentarische und außerparlamentarische Vorstöße Sorge tragen. Auf diese oder jene Weise werden die Wahlrechtskämpfe wieder aufflammen. Auch vom Reichstag aus können neue Angriffe gegen Reaktionspreußen unternommen werden. Man sei doch nicht so kleinmütig, zu glauben, daß der preußische Wahlrechtskampf versanden könne, weil einmal stillere Zeiten eintreten. Ein übler politischer Kurs wäre der Zickzackkurs, der zwischen pessimistischer Verzweiflungsstimmung und unüberlegten Waghalsigkeiten haltlos schwankt.

Nach dem bisherigen Gang der Erörterungen in Parteipresse und Parteiorganisationen ist es selbstverständlich, daß der Parteivorstand, der Parteiausschuß und die Generalkommission der Gewerkschaften sich sorgsam mit dieser Frage beschäftigen und an der Klärung des Problems mitarbeiten werden. Auch wenn die leitenden Körperschaften der Partei und der Gewerkschaften der Ansicht sind, daß ein preußischer Massenstreik in baldiger Zeit nicht in Frage kommt, so ist es doch dringend notwendig, mindestens einen provisorischen Plan der vorbereitenden Maßnahmen zu erwägen und festzustellen, die beim Eintritt einer kritischen politischen Situation getroffen werden müssen. So verfehlt wir es halten, ohne dringende Not und ohne Aussicht auf günstigen Ausgang den politischen Massenstreik zu entfesseln, so würden wir es doch als einen nicht minder großen Fehler ansehen, wenn die maßgebenden Instanzen der Arbeiterbewegung nicht schon rechtzeitig eine Verständigung unter sich herbeiführen würden über die Schritte, die sie tun müssen, falls die politische Gesamtsituation die Anwendung des Massenstreiks ermöglicht und bedingt. Die leitenden Körperschaften sollten auch jetzt schon sich nicht in Stillschweigen zurückhalten, sondern an der Klärung der so wichtigen Frage mitwirken und ihre Auffassungen zur Geltung bringen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19130705/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG